

---

## **5. Sitzung Redaktionsgruppe**

### **Beschlossenes Protokoll**

Datum: 06. Mai 2013

Uhrzeit: 16.15 – 21.00 Uhr

Ort: WSA Berlin

Mediatoren: Claudia Schelp & Stefan Kessen

Protokollantin: Maxi Artmann

Teilnehmer/innen:

WSA Berlin: Frau Bodenmeier, Herr Scholz (bis 17:00), Herr Dohms, Herr Röske, Herr Heier

BI/Verein / Anwohner/innen: Frau Kleimeier, Frau Fortwengel, Herr Appel, Frau Dorbert

Bezirke: Herr Kittelmann, Herr Panhoff (ab 17:00), Frau Roterberg-Alemu

Berliner Wasserbetriebe: Herr Joswig

### **Tagesordnung**

- 1. Begrüßung**
- 2. Informationen durch das WSA**
- 3. Austausch über das Vorgehen an der Lausitzer Straße**
- 4. Bearbeitung des Entwurfs der Mediationsvereinbarung**
- 5. Weiteres Vorgehen**

#### **1. Begrüßung**

Frau Schelp, die in dieser Sitzung Frau Voskamp vertrat, begrüßte die Teilnehmer/innen zur 5. Redaktionsgruppensitzung. Vorab hatten Frau Kayser, Herr Deitmar und Herr Dohna angekündigt, nicht an der Sitzung teilnehmen zu können. Herr Scholz kündigte an, nur kurz an der Sitzung teilnehmen zu können.

#### **2. Informationen durch das WSA**

Zu Beginn der Sitzung hatte Herr Scholz darum gebeten, die Teilnehmenden über noch offene Themen informieren zu können. Dabei nannte er drei Schwerpunkte:

- Zeitplanung
- Begriffsklärung
- Informationen zur Begründung des Planfeststellungsverfahrens (eines oder mehrerer).

Herr Scholz formulierte mit Blick auf die **Zeitplanung** als Ziel der WSV, dass bis zur nächsten Sitzung des Mediationsforums am 17. Juni 2013 ein veritabler Entwurf der Mediationsvereinbarung vorliegen sollte, der dann vom Forum verabschiedet werden könnte. Daher bat er die Mediatoren, stringenter und gezielter in die Gesprächsführung einzugreifen. Dies hätten sie den Mediatoren auch bereits per Email mitgeteilt. Er wünsche sich, dass das Forum den Flow, den die Arbeit Ende des letzten Jahres zur Verabschiedung der HU (Haushaltsunterlage) hatte, wieder aufnehme. Herr Kessen betonte, dass er alle Teilnehmer/innen so verstehen würde, dass jede/r ein rasches Vorankommen begrüßen würde. Gleichwohl gehe es jetzt für alle

Beteiligten darum, die entscheidenden Weichen für eine nachhaltig gute Zusammenarbeit über die Mediation hinaus zu stellen. Das würde erfahrungsgemäß auch einen erhöhten Diskussionsbedarf nach sich ziehen. Gleichzeitig verwies Herr Kessen mit Blick auf die letzte Sitzung, dass ein wesentlicher Auslöser für eine längere Diskussion der Vorschlag der WSV gewesen sei, die Struktur und Gliederung der Vereinbarung zu verändern. Für die weitere Arbeit sei es wichtig, dass jede/r Teilnehmer/in gut vorbereitet zu den Sitzungen komme und sich genau überlege, an welcher Stelle sie und er welche Energie lasse. Herr Scholz betonte, dass die WSV sich an einer kommunikativen Plattform beteiligen würde, wie auch immer diese aussähe. Zudem erklärte er, dass sich nach Auffassung der WSV das Forum am Ende im Konsens trennen würde, um danach ohne Dritte (Mediatoren) im Konsens neu zu starten.

Herr Scholz erläuterte zur **Begriffsklärung**, dass sich Einschiffigkeit und Einrichtungsverkehr sowie Einbahnverkehr auf bestimmte Schiffstypen und –größen bezögen. Kleine Schiffe dürfen sich mit großen Schiffen begegnen, wobei die großen Schiffe nur einbahnig und einschiffig fahren dürfen. Die neue Führerscheinfreiheit gelte nach seiner Entscheidung nicht für den Landwehrkanal. Auf Nachfrage von Herrn Kessen erklärte Herr Röske, dass es, entgegen der Aussage in der letzten Sitzung, in der WSV und auch in der „BinSchStrO“ (Binnenschiffahrtsstraßen-Ordnung) keine genauen Definitionen dieser Begriffe gebe. Mit Blick auf die möglichen Planfeststellungsverfahren und deren Begründungen bekräftigten viele Teilnehmer/innen jedoch ihren Wunsch zu erfahren, mit welcher Begründung die jeweiligen Begriffe verwendet worden sind. Herr Scholz versprach, diese Begründung in der nächsten Redaktionssitzung am 27. Mai 2013 den Beteiligten zur Verfügung zu stellen.

Die Informationen zu möglichen **Planfeststellungsverfahren** und deren Begründung, die Herr Dohms in den letzten Sitzungen angekündigt hatte, lagen dem WSA weiterhin noch nicht vor. Herr Scholz stellte in Aussicht, in der Sitzung am 27. Mai 2013 endgültig darüber zu informieren. Sollte die Begründung ihm schon vorher vorliegen, sagte er zu, diese über die Mediatoren unmittelbar allen Teilnehmer/innen zur Verfügung zu stellen. Herr Appel verdeutlichte noch einmal, dass aus seiner Sicht die Entscheidung für Planfeststellung mit einem Misstrauensvotum gegenüber der Mediation gleichzusetzen sei und dass das Mediationsverfahren in der Außendarstellung auf diese Weise wie eine Spielwiese wirken könnte. Frau Fortwengel äußerte ihre Besorgnis, dass eine Information über die Begründungen für Planfeststellung am 27. Mai 2013 zu spät sein könnte, wenn gleichzeitig der Zeitdruck bestünde, bis zum 17. Juni 2013 eine beschlussfähige Fassung der Vereinbarung fertig zu stellen. Frau Kleimeier sprach sich dafür aus, einen **externen Juristen** zu beauftragen, der die Vereinbarung in ihrem Interesse lesen und sie beraten könne, hierfür sollte aus ihrer Sicht die WSV aufkommen. Herr Scholz verneinte die Frage nach Übernahme der Kosten. Herr Kittelmann warnte davor, aus der Vereinbarung einen juristischen Text zu machen, da dieser sonst auch die juristischen Abteilungen der Verwaltungen durchlaufen müsse, was viel Zeit kosten würde. Einige Teilnehmer/innen wiesen darauf hin, dass die Vereinbarung von jedem verstanden werden müsse - damit sie auch umgesetzt werde - was bei juristischen Texten oft nicht möglich sei. Herr Kessen fasste zusammen, dass es den Anwohner/innen und den BI-Vertreter/innen insbesondere um die Sicherheit geht, dass sie nicht versehentlich einer Formulierung in der Vereinbarung zustimmen, die sich dann in der Zukunft - wenn es die Mediation nicht mehr geben wird - als fehlerhaft oder missverständlich herausstellt. Die Mediatoren sagten zu, auch selbst darüber nachzudenken, wie man für alle Beteiligten nach der inhaltlichen Arbeit eine größere Sicherheit in den Formulierungen sicherstellen könne. Darüber hinaus erinnerte Herr Kessen nochmals daran, dass die Entscheidung für oder gegen eine oder mehrere Planfeststellungen von einer unabhängigen Planfeststellungsbehörde getroffen würde und auch unabhängig von einer Mediation, so dass eine solche Entscheidung auch keine Bewertung über diese beinhalten würde. Die Mediatoren vertagten weitere Erklärungen zum Planfeststellungsverfahren auf den 27. Mai 2013 mit der Bitte an das WSV, die Bedeutung des Themas für das Mediationsforum in den verwaltungsinternen Gesprächen hervorzuheben.

### 3. Austausch über Vorgehen an der Lausitzer Straße

Aufgrund eines aktuellen Ereignisses wurde dieses Thema im Rahmen der Redaktionssitzung besprochen. Herr Joswig betonte zudem, dass es auch sehr gut zum Thema "Zukünftige Zusammenarbeit" passen würde, da es sowohl dessen Notwendigkeit als auch die anstehenden Herausforderungen gut beschreiben würde.

An der Lausitzer Straße sollten am Morgen des 6.5.2013 Bäume gefällt werden ohne vorherige Information der Bürger/innen. Eine Informationsveranstaltung dazu war erst für Mittwoch, den 8.5.2013, angesetzt worden. Aufgrund der Proteste von Anwohner/innen wurden die Fällarbeiten ausgesetzt. Herr Joswig bezog zu diesem Vorfall Stellung und erklärte, dass in den Berliner Wasserbetrieben die Abarbeitung nach dem Staffelstabprinzip erfolge, was bedeute, dass die Verantwortung weitergereicht werde. Somit hätten die Baumaßnahmen leider eine Eigendynamik entwickelt, und nicht jeder im eigenen Haus wäre ausreichend darüber informiert gewesen, welche Verabredungen und Absprachen es im Umgang mit der Öffentlichkeit gibt. Herr Appel bestätigte, dass es die Zustimmung für die Fällungen im Forum gegeben hätte, dass allerdings verabredet worden war, dass diese nicht während der Brutzeit stattfinden. Er kritisierte weiterhin, dass auf seine Anfrage an die Kommunikationsabteilung der Berliner Wasserbetriebe die Antwort ausgeblieben sei. Auch Herr Panhoff hatte darum gebeten, mit den Fällungen zu warten bis nach der Informationsveranstaltung am Mittwoch. Die Bauleitung hätte allerdings nicht warten, sondern heute aktiv werden wollen. Rein rechtlich sei dies korrekt gewesen. Herr Joswig zeigte großes Verständnis für die Situation der Bürgervertreter/innen, die jetzt nach außen rechtfertigen müssten, warum trotz Absprachen in der Mediation jetzt Bäume gefällt werden. Herr Panhoff informierte über die Absprache mit der Bauleitung, dass erst einmal alle Fällarbeiten bis zur Informationsveranstaltung ruhen sollten und es danach weiter ginge. Weiterhin empfahl er, dass die Unterschriften für die Mediationsvereinbarung relativ hoch in der Führungsebene der jeweiligen Institutionen / Organisationen / Verwaltungen angesiedelt werden sollten, damit die Vereinbarungen für die gesamte Institution / Organisation / Verwaltung verbindlich wären. Herr Joswig wies darauf hin, dass dies ein Beispiel sei, wie Vereinbarungen zu formulieren seien, um solche Zwischenfälle zukünftig verhindern helfen zu können. Zudem sagte er zu, dass ein Informationsaustausch im BWB zur Mediationsvereinbarung erfolgen werde. Herr Kessen hob abschließend die positive Kommunikation in der heutigen Sitzung zwischen den verschiedensten Institutionen zu diesem prekären Vorfall hervor und regte an, nun mit der inhaltlichen Arbeit zu beginnen.

### 4. Bearbeitung des Entwurfs der Mediationsvereinbarung

#### Kapitel 3.2. „Zentrale Aspekte der zukünftigen Zusammenarbeit“

Die Mediatoren schlugen vor, mit der Bearbeitung am **Kapitel 3.2.** „Zentrale Aspekte der zukünftigen Zusammenarbeit“ fortzufahren. Das Forum einigte sich darauf, dass Wort „übergeordnet“ (2. Spiegelstrich, 3. Kästchen) zu streichen. Zu dem Punkt eines möglichen Fonds (3. Spiegelstrich) warf Herr Joswig zunächst die Frage auf, wozu genau Geld gebraucht werde. Herr Panhoff machte den Vorschlag, das Verfahren als Teil der **Baunebenkosten** zu werten, da es Teil der Planungstätigkeit sei. Herr Joswig erklärte, dass die Beteiligung der Öffentlichkeit ein Teil der HOAI-Phasen eines Bauvorhabens sei.

Frau Bodenmeier plädierte dafür, folgende Formulierung in die Vereinbarung einzufügen: *Für alle Vorhaben müssen die Vorhabensträger die Finanzierung für Information, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sicherstellen.* Daraufhin erinnerte Herr Kittelmann daran, dass auch andere Dienstleistungen, wie Protokolle schreiben, Treffen organisieren, möglicherweise Gutachter beauftragen u.v.m. finanziert werden müssten, was nicht zur Öffentlichkeitsarbeit zähle und aus seiner Sicht von der WSV übernommen werden sollte. Einige Teilnehmer/innen erinnerten daran, wie viel Geld durch die Mediation an Sanierungskosten

eingespart wurde, so dass sie es als angemessen empfinden würden, wenn die WSV die Gestaltung der weiteren Zusammenarbeit finanziell absichern würde.

Herr Kessen fasste zusammen, dass zwei unterschiedliche Stränge hinsichtlich der weiteren Zusammenarbeit sichtbar wurden. Zum einen sollte jede Vorhabenträgerin und jeder Vorhabenträger eigenverantwortlich das Forum über geplante Maßnahmen, Bauvorhaben, Veränderungen u.v.m. informieren und entsprechend zu Gesprächskreisen und Sitzungen einladen. Zum anderen geht es um die Fortführung des Forums (ohne Mediation und Mediatoren) und dessen regelmäßige Treffen. Diese beiden Aspekte sollten sich so differenziert in der Vereinbarung wiederfinden. Herr Joswig warf die Frage auf, wer das ein- bis zweimal jährlich stattfindende Austauschforum einberufen, organisieren, finanzieren wird und wo es stattfinden sollte.

Daraufhin stellten Frau Bodenmeier und Herrn Dohms klar, dass die WSV in Zukunft ausschließlich über eigene Bauvorhaben informieren und entsprechend dazu einladen werde. Ein gemeinsames Gremium - wie beispielsweise das Forum - sei aus Sicht der WSV nicht mehr vorgesehen. Herr Kessen fasste die anschließenden Äußerungen der Teilnehmer/innen zusammen, dass das im Forum anders verstanden worden sei, nämlich dass diese Plattform durch die WSV ausgerichtet und finanziert werden würde, um sich zu treffen und zu besprechen. Herr Dohms unterstrich seine Äußerung nochmals und erklärte, dass die Haltung der WSV sei, dass jeder Vorhabenträger für sich selbst einladen müsse. Auf die Frage von Herr Panhoff, ob es auf der Tagesordnung einer WSV-Veranstaltung dann keinen Platz für andere Anliegen gäbe, antwortete Herr Dohms, dass man das im Vorfeld besprechen können und sicherlich möglich sei. Im Verlauf der Diskussion unterstrich Herr Appel die Wichtigkeit der Bereitstellung eines Fonds zur **Fortführung der Partizipation** und auch Herr Panhoff verwies darauf, dass die WSV für die Treffen aufkommen müsse, da die WSV im Rahmen der Sanierung des Landwehrkanals der größte und wichtigste Vorhabenträger sei.

Herr Kessen erläuterte, dass er die Aussagen der WSV-Vertreter bisher so verstanden habe, dass die WSV bei den turnusmäßigen Treffen den Raum, Getränke, Protokoll, Einladung etc. stelle und für alle Maßnahmen, die darüber hinausgehen, die Vorhabenträger selbst die Organisation und Kosten übernehmen müssten. Daraufhin stellte Herr Dohms klar, dass das falsch verstanden wurde und wiederholte, dass die **WSV ausschließlich für eigene Maßnahmen** und nicht für mögliche regelmäßige Treffen aufkommen werde. Weiterhin erklärten Herr Dohms und Frau Bodenmeier, dass die **WSV nicht weiter ein Teil eines Gremiums sein wolle, es daher kein Nachfolgegremium geben solle und einer neuen Organisationsstruktur in der Form von ihrer Seite nicht zugestimmt werden könne**. Man könne nur den Umgang miteinander in bestimmten Situationen formulieren und vereinbaren. Sie beriefen sich dabei auf bisherige Aussagen von Herrn Scholz.

Die anderen Teilnehmenden zeigten sich sehr irritiert. Herr Appel erklärte, dass Partizipation ohne Gremium und Struktur nicht möglich sei und die WSV sich somit von dem Verfahren abkehre. Herr Panhoff bezeichnete diese Einstellung der WSV als Vollbremsung für das bisher so erfolgreiche Verfahren. Frau Bodenmeier wiederholte, dass die WSV künftig kein Format für die Sanierung des Landwehrkanals wie bisher haben möchte. Es gäbe aber aus ihrer Sicht **weiterhin folgende Möglichkeiten der Information und Beteiligung**: „Sie fragen, wir antworten“, ein Newsletter (nur WSV betreffend), Informationen auf der Webseite, Dialogveranstaltungen, öffentliche Vorstellung von Baumaßnahmen, saisonale Auswertungsveranstaltung für die Schifffahrt.

Herr Panhoff resümierte, dass die vorgeschlagenen Instrumente **reine Sender-Empfänger-Formate** seien und kein Aushandlungsverfahren/-gremium beinhalten würden, in dem Probleme und Konflikte gelöst werden können. Auch Herr Appel wollte wissen, welches Gremium bei Problemen einberufen werde und mit welchen Entscheidungsbefugnissen ein solches ausgestattet sei.

Die Mediatoren formulierten ebenso ihre Irritation über das aus ihrer Sicht so wahrgenommene und den bisherigen Gepflogenheiten der Mediation entgegenstehende Verhalten der WSV, einseitig eine Position zu beschließen und nicht darüber mit allen anderen Beteiligten in einen interessenorientierten Diskurs zu tre-

ten, zumal es eine gemeinsam ausgearbeitete **Interessensammlung zur zukünftigen Zusammenarbeit**<sup>1</sup> gäbe. Aus ihrer Sicht würde die jetzige Position der WSV viele der darin genannten Interessen und Bedürfnisse aller Beteiligten nicht abdecken, weshalb ein entsprechender Diskurs umso angeratener gewesen wäre. Herr Kessen fragte nach, warum es der WSV so wichtig sei, dass es in Zukunft kein solches Gremium geben solle und was sich dadurch für sie verändern würde. Herr Dohms erklärte daraufhin, diese Frage mitzunehmen, um sie intern zu klären. Er informierte, dass für den nächsten Tag eine Videokonferenz mit dem BMVBS anstünde, in der er versuchen wolle zu klären, inwieweit man die dargelegte Position öffnen könne.

Herr Dohms sprach sich dafür aus, trotz dieser Uneinigkeit weiter den zukünftigen Umgang miteinander zu regeln und sich jetzt nicht an der Struktur festzuklammern. Viele Textpassagen aus dem Entwurf der Mediationsvereinbarung könnten aus seiner Sicht so übernommen werden wie vorgeschlagen.

Herr Appel äußerte seine Befürchtung, dass die Interessensammlung und insgesamt das bisher Erreichte zur Makulatur werde. Er machte deutlich, dass dieses Vorgehen der WSV und die inhaltliche Aussage dem widerspreche, was er unter einer partizipativen Planung verstehe und dass das, worauf das Forum stolz sei, somit verloren gehe.

Herr Panhoff fragte nach, ob eine Umbenennung vielleicht weiterhelfe: anstatt der Bezeichnung „Forum“, könne man "das Kind" z.B. auch „Begleitgruppe Sanierung“ nennen. Daraufhin erklärte Herr Dohms erneut, dass die WSV beschlossen habe, dass es keine Nachfolgeorganisation und somit "kein Kind" geben solle. Nach einer kurzen Pause fassten die Mediatoren den Stand der Dinge wie folgt zusammen: Es gäbe große Irritationen über die Haltung der WSV, dass es keine Nachfolgeorganisation oder ein zukünftiges Gremium geben solle, egal wie man es nenne. Bisher seien die Aussagen der Vertreter der WSV von allen anderen Beteiligten so verstanden worden, dass nach Abschluss der Mediationsvereinbarung die Mediation nicht fortgesetzt würde (und erst im Bedarfsfall wieder darauf zurückgegriffen werden sollte), sondern dass ein Gremium oder mehrere eingerichtet würden, die eigenverantwortlich die Umsetzung der gemeinsam getroffenen Beschlüsse begleiten würde. Dass es gar kein Gremium geben solle, sei jedoch für alle anderen Beteiligten neu. Herr Dohms machte deutlich, dass er die Enttäuschung und das Nicht-Verstehen gesehen hätte und versprach, dies in seine morgige Konferenz mit der WSD und BMVBS mitzunehmen.

Um die verbleibende Sitzungszeit zu nutzen, schlugen die Mediatoren vor, dennoch inhaltlich zu arbeiten und damit auf den Hinweis von Herrn Dohms einzugehen, dass es aus seiner Sicht zahlreiche Punkte / Testpassagen gäbe, die trotzdem besprochen und vereinbart werden könnten.

### Kapitel 3.2.1.1. Zusammensetzung

Herr Kessen gab zu bedenken, dass es nach Aussage der WSV keine Zusammensetzung eines Gremiums geben solle, sondern nur noch eine Liste der jeweils anzuschreibenden Institutionen. Herr Dohms schlug daraufhin folgende Formulierung vor: *Folgende Institutionen, Organisationen usw. sind diejenigen, die in Zukunft weiter zu beteiligen sind.* Auf Nachfrage des Plenums erklärten die Mediatoren, dass es bei den in Magenta markierten Institutionen nicht klar sei, ob sie in die Liste mit aufgenommen werden sollten, da sie nicht mehr an der Mediation teilnahmen. Das WNA sei farbig markiert, da die Aufnahme von den Beteiligten noch nicht beschlossen sei. Frau Bodenmeier wies darauf hin, dass statt der WSD Ost jetzt die Bezeichnung GDBS Außenstelle Ost richtig sei.

Zum **Kapitel 3.2.1.2.** gab es wiederum Diskussionen, da es ohne ein Nachfolgegremium, welches einen Namen hat, auch keine zu **definierenden Aufgaben** geben könne. Herr Röske schlug vor, den Punkt in „Aufgaben der zukünftig beteiligten Institutionen“ umzuformulieren. Auch Herr Dohms plädierte für eine möglichst offene Formulierung. Somit könne dann auch jeder zu einem Treffen einladen, z.B. auch die Bürgerinitiativen. Herr Joswig warnte vor einer solchen Herangehensweise, **da dann womöglich jede Institution zweimal jährlich einladen müsste** und dies in Summe viel zu viel werde. Er machte nochmals

<sup>1</sup> Fotoprotokoll der 39. Forumssitzung am 28.1.2013, eingestellt auf der Internetseite des Verfahrens [www.landwehrkanal-berlin.de](http://www.landwehrkanal-berlin.de)

deutlich, dass zwei übergeordnete und terminlich feststehende und damit einzuplanende Treffen jährlich für die Koordination und Betrachtung des Kanals wichtig seien. Frau Bodenmeier empfahl als Aufgabe zu formulieren, dass *zweimal jährlich alle informieren und alles andere die jeweiligen Vorhabenträger selbst übernehmen*. Somit würden zweimal jährlich Sitzungen für den großen Beteiligtenkreis „Forum“ stattfinden, in dem *sich alle verpflichten, sich gegenseitig zu informieren, und darüber hinaus informiert und beteiligt der jeweilige Vorhabenträger selbst*. Herr Kessen verwies darauf, dass die Aufgaben im bisherigen Teil dezidiert dargestellt seien. Er fasste die anschließende Diskussion so zusammen, dass es außer den bisherigen Punkten (3.2.1.2.) „Information“, „Diskussion“ und „Konfliktregelung“ noch einen Punkt „Umgang mit Veränderungen“ geben solle und zwar als 3. Punkt. Nach bisherigem Verständnis vieler Teilnehmer/innen sollte im Falle von Veränderungen eine Kerngruppe einberufen werden, die Prokura haben sollte zur Regelung der Situation. Falls es in dieser Gruppe nicht zu einer Lösung käme, müsse das Problem zurück ins „Forum“ gegeben werden. Herr Dohms plädierte dafür, dass die jeweiligen Beteiligten - die der Einladung zu einer Sitzung des jeweiligen Vorhabenträgers gefolgt sind (und eingeladen werden sollen jeweils alle) - zuerst selbstständig versuchen sollten, die anstehenden Unstimmigkeiten, Problem bzw. Konflikte zu lösen und erst, wenn dort kein Konsens hergestellt werden könnte, solle ein Gremium einberufen werden. Er erinnerte daran, dass auch noch weitere Planungsbetroffene hinzukommen könnten. Damit benötige man auch keine Kerngruppe mehr, ergänzte Frau Bodenmeier. Der Sinn der Vereinbarung sei aus Sicht von Herrn Dohms **eine Zielvereinbarung und keine Organisationsvereinbarung**.

Frau Kleimeier erklärte, dass ein Ziel der Vereinbarung sei, eine Organisationsform zu finden, welche in der Lage sei, die Kontinuität im Entscheidungsprozess zu wahren, und um eine jeweils adäquate Arbeitsfähigkeit herzustellen. Sollte es kein übergeordnetes Gremium oder eine beständige Kerngruppe geben, die sich mit den jeweils anstehenden Themen auseinandersetzen würde, sondern die Bearbeitung eines anstehenden Themas würde nur dem Personenkreis obliegen, der bei einem bestimmten Treffen anwesend sei, so sah Herr Panhoff die Gefahr, dass andere wichtige und übergeordnete Aspekte wegfallen könnten. Die Mediatoren fassten zusammen, dass aus all diesen Beiträgen sichtbar werden würde, dass es den Beteiligten bei der Ausgestaltung der weiteren Zusammenarbeit vor allem um Transparenz, Verlässlichkeit und auch um Entlastung ginge. Wichtig sei eine Klarheit darüber, wie mit Konflikten umgegangen werde und wer über das WIE entscheide. Würden diese Dinge nicht jetzt geklärt, verlören alle Beteiligten später viel Zeit mit Diskussionen, um genau das dann jeweils zu klären. Es werde die Gefahr gesehen, dass im konkreten Fall einer auftretenden Meinungsverschiedenheit statt eines Konsenses nur ein Benehmen hergestellt werde. Frau Kleimeier gab zu bedenken, dass im Fall eines Konfliktes und des gewählten Weges einer Mediation – die Herr Dohms durchaus für möglich hielt – viel Zeit für die Ausschreibung und die Beauftragung eines Mediators vergehen würde.

Frau Bodenmeier schlug für den letzten Punkt (3. Kasten) die Formulierung „ggf. mit Hilfe von Deeskalationsinstrumenten“ anstatt „Einbeziehung von professionellen, allparteilichen Mediatoren“ vor. Auf die Frage von Herrn Appel nach möglichen Optionen, wie man mit Veränderungen umgehen könne, erklärte Herr Dohms, dass es durchaus vorstellbar sei, dann das Forum wieder einzuberufen.

Obwohl die grundsätzliche Frage, ob es ein oder mehrere feststehende Gremien geben werde, weiterhin ungeklärt blieb, beschäftigten sich viele Teilnehmer/innen mit der konkreten Ausgestaltung der Kerngruppe. Sie betonten damit auch die Bedeutung und die Vorteile einer solchen Institution aus ihrer Sicht. Damit sei gemäß den Bedürfnissen der Transparenz, Verlässlichkeit und Entlastung sichergestellt, dass ein festgelegter Kreis von Personen über alle Veränderungen informiert und entsprechend eingebunden sei. Frau Kleimeier äußerte die Überlegung, dass sich die große Gruppe (Forum) einer kleineren schlagkräftigen Gruppe (Kerngruppe) bediene, deren personelle Zusammensetzung für 2 Jahre festgeschrieben sei. Um eine größere personelle Flexibilität zu ermöglichen, gab es auch die Überlegungen, dass sich die Kerngruppe aus einem festen und einem flexiblen Mitgliederanteil zusammensetzen sollte, und dass die Kerngruppe je nach Thema und Bedarf personell jederzeit erweiterbar sei, und dass einzelne Mitglieder der Kerngruppe auch von anderen Mitgliedern des Forums vertreten werden könnten. Herr Dohms **warnte vor der Fokussierung auf die Kerngruppe** und wünschte sich eine flexible Arbeitsgruppe. Weiterhin erklärte

er, dass man solche Fälle nur dann klären könne, wenn es so weit sei und das Forum nicht vorher festlegen sollte, wer in der Kerngruppe sei und regte an, weiter am Text zu arbeiten. So betonte er, beispielsweise den Punkt „**Vor-Ort-Sofort**“ fast gänzlich in der vorgeschlagenen Form in die Vereinbarung aufnehmen zu können.

Frau Kleimeier war wichtig zu wissen, wer für was zuständig sei mit Blick auf eine zügige Umsetzung des Konsenses. Die Kontinuität solle bewahrt werden, was aus ihrer Sicht nur möglich sei, wenn die handelnden und entscheidenden Personen feststehen würden. Dies hätten die letzten 5 Jahre gezeigt. Zudem äußerte sie ihr Bedenken bezüglich zu vieler Termine, die schwer wahrnehmbar seien für die Bürger, da sie berufstätig seien und sich selbst organisieren müssten. Herr Dohms versprach diesen Gedanken mitzunehmen. Erneut warnte er davor, **alles zu sehr in Strukturen pressen zu wollen und sich in Details zu verlieren**. Das Forum sollte aus seiner Sicht die Formulierungen eher offen halten und nicht über Eventualitäten diskutieren.

Herr Kessen erinnerte in diesem Zusammenhang an die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse der Teilnehmenden. Es müsse Sicherheit im Umgang mit Veränderungen und Klarheit über die dann erfolgenden Schritte geben. Herr Panhoff war es wichtig festzuhalten, dass er keinen Dissens sehe, sondern zwei konkurrierende Modelle. Herr Kessen ergänzte, dass es jedoch einen Dissens darüber gebe, ob es überhaupt eine Nachfolgeorganisation des „Forum“ geben werde.

## 5. Weiteres Vorgehen

Herr Kessen fasste zusammen, dass das Gute an der heutigen Diskussion gewesen sei, dass die Diskrepanzen in der Deutlichkeit sichtbar geworden seien. Alle Beteiligten sprachen sich dafür aus, das heute Gehörte sacken zu lassen und individuell über weitere Formulierungsmöglichkeiten unter Punkt 3 nachzudenken. Frau Bodenmeier kündigte an, dass es eine neue Version des Ökologieteils gebe und sie Mittwoch einen Termin mit den Bezirksamtämtern zur weiteren Abstimmung haben werde. Bezüglich der Präambel müsse sie sich nochmals mit ihren Kollegen in der Gruppe zusammensetzen, da es in der letzten Sitzung dazu kritische Anmerkungen gab. Da der Termin hierfür aber noch nicht feststünde, rief sie alle Teilnehmer/innen dazu auf, ihr weitere Anregungen zu schicken.

Herr Kessen äußerte als Wunsch für die nächste Sitzung, dass die Unterarbeitsgruppen bis dahin möglichst viele Bausteine für den Text an die Mediatoren bereits versendet hätten.

Um 21:00 Uhr schlossen die Mediatoren die 5. Redaktionssitzung, bedankten sich für das Mitstreiten und wünschten allen einen schönen Abend.